Schuljahr
2018 / 19

An die Schuldirektion

das Gesuch ist innerhalb 15. März 2018 im Sekretariat der zuständigen Schule abzugeben

ANSUCHEN UM SCHÜLERTRANSPORT MITTELS
SCHÜLERVERKEHRSDIENST

BESTÄTIGUNG des Antrags für den Sonderdienst gemäß den im laufenden Schuljahr 2017/18 genehmigten Schülerbeförderungsdienst

Schüler/in ....
Vorname Nachname

Steuernummer | | | | | | | | | | | | | | | |

im Schuljahr 2018/19 in die **……..Klasse** dieser Schule eingeschrieben

Erziehungsberechtigte /r ....
Vorname Nachname

geboren am ..... / ..... / ..... in .....

wohnhaft in ....
Straße, Nr. PLZ, Ort Gemeinde

Telefon Nummer .....

E-Mail (VERPFLICHTEND) _____@_____

Steuernummer | | | | | | | | | | | | | | | |

bei genehmigtem Dienst auf Grund eines Härtefalles in den vorhergehenden Jahren bitte keine neue Dokumentation schicken, sondern nur den Härtefall bestätigen!

☐ Bestätigung des Härtefalls vom vorhergehenden Schuljahr.

Abfahrtshaltestelle bzw. Wohnort .....

evtl. Anschlussstelle zu einer öffentlichen Linie (Bus/Bahn) .....

Ankunftshaltestelle (Schule) .....

Aufklärung zum Datenschutz: Laut Art. 13 des Gesetzbuches über die Privacy informieren wir Sie, dass die mit vorliegendem Gesuchsformular übermittelten Daten in digitaler Form verarbeitet werden. Das Personal der betreffenden Schule stellt die Daten der SAD-Nahverkehr AG, der Landesabteilung für Mobilität und der Landesabteilung für Bildungsförderung zur Verfügung. Wenn die Pflichtfelder im Gesuchsformular nicht ausgefüllt werden, kann dem Antrag nicht stattgegeben werden. Ihnen stehen die Rechte nach Art. 7 des Gesetzbuches zu, das heißt, Sie können sich zu Ihren Daten Zugang verschaffen, um deren Korrektur, Ergänzung und Löschung zu verlangen, wenn diese unvollständig, falsch oder unrechtmäßig erhoben worden sind, sowie die Verarbeitung verweigern, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen. Rechtsinhaber für die Verarbeitung der Daten ist die SAD-Nahverkehr AG, mit Sitz in Bozen, Italienallee 13/N.

Falscherklärungen: Der/Die Unterfertigte ist sich bewusst, dass Falscherklärungen sowohl strafrechtliche Folgen gemäß Artikel 76 des DPR vom 28.12.2000, Nr. 445, als auch wirtschaftliche Folgen gemäß Artikel 2bis des Landesgesetzes vom 22.10.1993, Nr. 17 haben können.

....
Datum Unterschrift des/der Antragstellers/in